



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **IV/2006/05742**  
Datum: 04.04.2006  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Heft, Uwe

| <b>Beratungsfolge</b> | <b>Termin</b> | <b>Status</b>               |
|-----------------------|---------------|-----------------------------|
| Stadtrat              | 26.04.2006    | öffentlich<br>Kenntnisnahme |

**Betreff: Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu Zusagen auf Stadtteilkonferenzen**

1. Wie verbindlich betrachtet die Oberbürgermeisterin den Bürgern auf Stadtteilkonferenzen der Stadt Halle (Saale) gegebene Versprechen zur Verbesserung des Wohnumfeldes in den Stadtteilen?
2. Wie setzt die Oberbürgermeisterin die den Bürgern gegebenen Versprechen im eigenen Zuständigkeitsbereich um?

In den Stadtteilkonferenzen Ammendorf/Beesen wurde den Bürgern zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ein Dünnschichtbelag für die Hohe Straße versprochen!

3. Weshalb erfüllt die Stadt Halle (Saale) die den Bürgern der Stadtteile auf den Stadtteilkonferenzen gegebenen Versprechen nicht?

gez. Uwe Heft  
Stadtrat

**Betreff: Anfrage des Stadtrates Uwe Heft - Die Linkspartei. PDS Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zu Zusagen auf Stadtteilkonferenzen**

**Antwort der Verwaltung:**

Die Stadtteilkonferenzen, die im Januar 2001 ins Leben gerufen wurden, werden seitdem regelmäßig durchgeführt. Alle Stadtteile sind auf 13 Konferenzen aufgeteilt. In der ersten und zweiten Runde wurden sie monatlich durchgeführt. Seit der 3. Runde (Januar 2004) finden sie im Abstand von 2 Monaten statt, da der Aufwand der Vor- und Nachbereitung für die gesamte Verwaltung relativ hoch ist. Dennoch zeigt die gute Resonanz, dass die Bürger diese Möglichkeit der Bürgerbeteiligung wahrnehmen möchten. Unterstützt wird die Verwaltung von verschiedenen Behörden, Unternehmen und sonstigen Institutionen.

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements und die gute Zusammenarbeit mit den in vielen Stadtteilen engagiert tätigen Bürgervereinen sind wichtige Anliegen der Verwaltung, die durch die Stadtteilkonferenzen befördert werden. Im Zuge immer knapperer Kassen können Bürger motiviert werden selbst Initiative zu ergreifen. Genannt sei hier die Elterninitiative zum Spielplatzbau in Kröllwitz und das Engagement der Bürgerinitiative Roßbachstraße zum Bau eines Rad/Fußweges.

Die Stadtteilkonferenzen werden seit Einführung von den Mitarbeiterinnen des Bürgerbüros begleitet. Von dort erfolgt die Vorbereitung, die Zusammenarbeit mit Bürgervereinen und die Nachbereitung. Alle im Protokoll festgelegten Verantwortlichkeiten werden dort registriert und die Prüfung und Beantwortung der einzelnen Punkte durch die entsprechenden Fachbereiche werden überwacht.

1. In der Regel wird in den Stadtteilkonferenzen eine Prüfung der einzelnen Sachverhalte zugesagt. Bei verbindlichen Zusagen werden diese immer unter dem Vorbehalt der Haushaltsmittel getroffen. Alle Mitarbeiter der Verwaltung sind bemüht, die gegebenen Versprechen zur Verbesserung des Wohnumfeldes im Rahmen der Möglichkeiten umzusetzen.
2. Alle Bereiche der Stadtverwaltung arbeiten in Vor- und Nachbereitung der Stadtteilkonferenzen eng mit dem Bürgerbüro zusammen, die Verantwortlichkeiten und Zusagen zur Prüfung der Anfragen durch die Fachbereiche werden wie oben erwähnt durch die Mitarbeiterinnen des Bürgerbüros überwacht. Können aufgrund finanzieller Schwierigkeiten Maßnahmen nicht umgesetzt werden, wird dies im Rahmen der Bilanz auf der nächsten Stadtteilkonferenz für das jeweilige Gebiet erläutert.
3. Die Dünnschichtmaßnahme für die Hohe Straße konnte aufgrund des sehr spät bestätigten Haushaltes im Jahr 2005 nicht durchgeführt werden. Der dafür vorgesehene und eingeplante Betrag von 59003,98 Euro (Angebot) wurde aufgrund der Haushaltssperre nicht freigegeben, so dass im Jahr 2005 diese Maßnahme, nicht wie erwartet, ausgeführt werden konnte. Leider stehen bisher auch für das Jahr 2006 diese benötigten finanziellen Mittel nicht zur Verfügung. Um eine Lösung herbeizuführen möchte die Stadtverwaltung, Fachbereich Tiefbau/Straßenverkehr, den betroffenen Anwohnern eine Vor-Ort-Begehung vorschlagen, um gemeinsam festzulegen, welche Maßnahmen sofort unternommen werden müssen, um die Verkehrssicherheit in den betroffenen Straßen der Heimstättensiedlung zu gewährleisten. Weiterhin wird geprüft, inwieweit Tonnagebegrenzungen für einzelne Straßenabschnitte eingerichtet werden können.